Nummer 72

Mit Kurszettel — Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Politischer Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Köppen, Berlin-Friedenau.

Verantwortlich für den Inseratenteil: H. Konglewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Krausenstr. 37

Abendausgabe . 20 Pfennig. — 71. Jahrgang — Freitag, 12. Februar 1926

Die Streitereien im Völkerbund.

Weitere englische Stimmen zu dem französisch-polnisch-tschechischen Manöver.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" führt aus, die Kandidatur von Spanien, Brasilien und Polen für einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat sei nach wie vor das Hauptgesprächsthema in den verschiedensten diplomatischen Kreisen. Der Fall Brasiliens werde sich wahrscheinlich von selbst regeln, denn Argentinien und Chile würden durch eine solche Bevorzugung Brasiliens peinlich berührt sein und es läge für Brasilien kein Grund vor, derartige Gefühle bei seinen Nachbarn hervorzurufen. So weit man höre, würde Spaniens Kandidatur beträchtlich weniger Widerstand in englischen Kreisen gefunden haben, wenn sie nicht in einer etwas schroffen Weise vorgebracht worden wäre. Spanien habe Jahrhunderte hindurch das Ansehen einer Großmacht genossen und sei die erste der vormals neutralen Mächte gewesen, die sich am Völkerbund aktiv beteiligt habe. Mit der polnischen Kandidatur verhalte es sich dagegen völlig anders, und einige der Argumente, die zu ihrer Unterstützung vorgebracht wurden, vertrügen sich nicht mit dem Geist der Völkerbundssatzung, so wie sie allgemein aufgefaßt würde. Der Gedanke, daß Polen einen ständigen Ratssitz erhalten müsse, weil Deutschland einen bekomme und weil deutsch-polnische Streitigkeiten sehr häufig auftauchen würden, falle ins Leere, da Polen stets im Rate vertreten sein würde, wenn derartige Streitigkeiten erörtert würden. Außerdem könne Polen solche Streitigkeiten nach Wunsch der Völkerbundsversammlung vortragen. Das Argument, daß Polens ständiger Einfluß im Rate notwendig sein würde, um das Mächtegleichgewicht zu sichern und

zu verhindern, daß Deutschland das englisch-französische Kräfteverhältnis zugunsten Englands beeinflusse,

lasse die Tatsache außer Betracht, daß die Daseinsberechtigung des Völkerbundes gerade darin liege, daß das alte Mächtegleichgewicht zwischen rivalisierenden Gruppen und Koalitionen beseitigt würde. Belgien könne anführen, und tue dies auch tatsächlich, daß, wenn irgendeine von den kleineren alliierten Mächten einen ständigen Sitz erhalten sollte, seine moralischen Ansprüche auf ein solches Vorrecht viel stärker seien, als die von Polen.

Der Genfer Berichterstatter der „Morning Post" meldet, daß Deutschlands bevorstehender Eintritt bewirke, daß der Völkerbund sich dem dramatischen Stadium seiner bisherigen Laufbahn gegenübersehe. Er stehe einem Problem gegenüber, das entweder seinen Frieden zerstören, oder sein Ansehen vermehren werde. In Sekretariatskreisen hege man Mißtrauen bezüglich Deutschlands Eintritt und Rußlands künftiger Haltung. Die Deutschen seien eine unbekannte Größe, die die Möglichkeit künftiger Störungen in sich schließen, und in Kreisen des Völkerbundes betrachte man in den kommenden Jahren den Völkerbund als ein Zentrum zur Austragung von Streitigkeiten, **wenn Berlin von allen den Rechten Gebrauch machen werde, die es durch seine Stellung im Rate erhalten haben werde.** Die Tiroler Angelegenheit lasse bereits derartige Störungen vermuten. Bisher seien dem Völkerbund keine diesbezüglichen Mitteilungen gemacht worden aber die Bemerkungen Stresemanns im Reichstag über die Rede Mussolinis und die Zurückhaltung der Wilhelmstraße ließen eine schnelle Aktion erwarten.

Paris, 12. Februar.

Zur Frage der Vermehrung der ständigen Sitze im Völkerbundsrat schreibt „Journal": Die Logik gebiete, das Gleichgewicht dadurch herzustellen, daß man in den Völkerbundsrat die für die **Aufrechterhaltung der Ostgrenzen am stärksten interessierte Macht als ständiges Mitglied einführt.** Selbst England kann sich dieser Logik nicht verschließen. Nach dem weiten Blick und des **Entgegenkommens Austen Chamberlains** kann man es für sicher halten, daß Polen den ständigen Sitz erhalten wird, auf den es ein Anrecht hat.

*

In den Berliner politischen Kreisen wird betont, daß, falls Deutschland keinen Ratssitz im Völkerbund erhalte oder bei seinem Eintritt in den Völkerbund gleichzeitig die Zahl der Sitze im Rate durch Hinzuwahl anderer Vertreter wesentlich verändert werde, eine neue Situation entstehe, aus der die Regierung dann ihre Konsequenzen zu ziehen haben werde. Wie bezweifelt aber, daß bei der Abhängigkeit der Außenpolitik des Kabinetts von der Sozialdemokratie die Kanzlerrede eine andere sein könnte als die, zu schlucken, was in Genf zusammengebraut wird.

Die Ergebnisse der Pariser Besprechungen Vanderveldes.

TU **Paris,** 11. Februar.

Die zweitägige Pariser Besprechung des belgischen Außenministers Vandervelde hat zu keinem greifbaren Ergebnis geführt. In der Frage der Wirtschaftszölle konnte Briand dem belgischen Außenminister um so weniger Zusagen machen, als die geplante 30 prozentige Erhöhung der französischen Zölle noch nicht in allen Einzelheiten festgelegt ist. Die heute nachmittag stattgefundene Besprechung galt in der Hauptsache der aus dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund geschaffenen Lage. Die von einem Teil der Presse gebrachte Meldung, daß Belgien auf Grund der Zulassung Deutschlands zum Völkerbunde einen dauernden Sitz im Völkerbundsrat beanspruchen würde, wurde bereits dementiert. Ueber die Aufnahme Polens in den Rat ist kein völliges Einvernehmen zustande gekommen. Es scheint, daß Belgien die Stellungnahme Englands abwarten will. Es verlautet, daß die französische Regierung sich dazu entschlossen hat, eine Kandidatur Polens auf das wärmste zu unterstützen. Diese Absicht der französischen Regierung geht auch aus dem heutigen Leitartikel des „Temps" hervor, der sichtlich offiziös inspiriert ist. Das Blatt bespricht die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und bedauert, daß Belgien auf die Zuteilung eines Sitzes im Rate verzichtet. Es sei eine Ironie des Schicksals, daß gerade Deutschland einen dauernden Sitz im Rate erhalte in dem Augenblick, wo die belgische Regierung auf einen solchen verzichte.

Die schwedische Presse gegen die Erweiterung des Völkerbundsrates.

TU **Stockholm,** 12. Februar.

Die schwedische Presse nimmt einmütig gegen eine Veränderung des Völkerbundsrates durch unnötige Vermehrung der ständigen Sitze entschieden Stellung. Das konservative „Svenska Dagbladet" wiederholt die Forderung, daß sich Schweden in dieser Frage unnachgiebig zeigen müsse. „Socialdemokraten" unterstreicht diesen Standpunkt und erklärt, der nun ausgebrochene Kampf um die Ratssitze sei die schwerste Gefahr für das Ansehen und den Bestand des Bundes selbst. Der Wunsch gewisser Mächte, in den Rat hineinzukommen, stelle nur den Versuch dar, Deutschland im Rat zu isolieren. Wenn die Ratsmächte diesem Verlangen stattgeben würden, würden sie wider den Geist von Locarno handeln. Die Frage der Völkerbundserweiterung gehöre überhaupt nur vor das Forum einer ordentlichen Völkerbundstagung.

„Die einzige Sprache, in der man mit Deutschland reden kann!"

Der Schlag ins Gesicht mit der Reitpeitsche.

Mbt. **Bromberg,** 12. Februar.

Natürlich applaudieren die chauvinistischen polnischen Blätter sämtlich Mussolini zu seinen deutschfeindlichen Ausführungen. Den Vogel in dieser Hinsicht abgeschossen hat aber wieder einmal das Organ des Westmarkenvereins „Gazeta Bydgoska", das wörtlich schreibt: „Die Deutschen erhielten einen Schlag ins Gesicht mit der Reitpeitsche. Das ist die einzige Sprache, in der man mit Deutschland reden kann. Es gibt leider immer noch polnische Blätter, die vom polnischen Chauvinismus und von der Bedrückung der Deutschen durch die Polen schreiben. Aber was ist dieser Chauvinismus im Verhältnis zu der Standhaftigkeit der Italiener? Zwingt man denn die Deutschen polnisch zu reden, haben sie denn nicht ihre eigenen deutschen Schulen, die vollen Bürgerrechte? Sind sie aber zufrieden? Nein! — Die faszistische Reitpeitsche, das ist die einzig wirksame Kampfmethode gegen die Deutschen."

Der Kampf gegen das Deutschtum in der Tschechoslowakei.

Neue Maßnahmen gegen die deutsche Universität in Prag.

TU **Prag,** 11. Februar.

Den an der hiesigen deutschen Universität studierenden ausländischen Hörern ist mit dem heutigen Tage die Aufenthaltsbewilligung in der Tschechoslowakei entzogen worden, jedoch nicht denjenigen, die an der tschechischen Universität studieren. Die akademischen Behörden haben beim Polizeipräsidium sofort dringende Vorstellungen hiergegen erhoben.

Der Auswärtige Ausschuß des Senats bei Briand.

TU **Paris,** 11. Februar.

Der Ausschuß der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten begab sich heute zu Briand und verlangte von ihm nähere Angaben über folgende Punkte: 1. Räumung der ersten Rheinlandzone, 2. die Abrüstung Deutschlands, 3. die Lage in Marokko, 4. die Lage in Syrien, 5. die interalliierten Schulden, 6. die Lage im Mittelmeer. Briand beantwortete die einzelnen Fragen ausführlich, bestand jedoch darauf, daß strengstes Stillschweigen über seine Ausführungen gewahrt werde, da er beabsichtige, sie bei der ersten Möglichkeit vor der Kammer zu wiederholen.

Wie Parker Gilbert die deutsche Wirtschafts- und Finanzlage sieht.

Parker Gilbert ist gestern nach Berlin abgereist. Vor seiner Abreise drückte er einem Vertreter des „Excelsior" seine Befriedigung über die Entwicklung der deutschen Reparationsleistungen während der letzten 18 Monate aus und erklärte, daß er optimistisch sei, ohne über die Zukunft des Dawesplanes prophezeien zu wollen. Die letzte Jahresleistung sei zwar durch die 800 Millionen Goldmark-Anleihe erheblich erleichtert worden, aber die Wiederherstellung der deutschen Finanzen sei eine Tatsache. **Auch die gegenwärtigen Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaft dürfe man nicht übertreiben.** Die Stimmen der deutschen Presse gegen den Dawesplan schienen durch Erwägungen der inneren Politik und des Parteikampfes diktiert zu sein. Die deutsche Regierung sei dafür nicht verantwortlich. Ueber die Möglichkeit einer Mobilisierung der deutschen Eisenbahn-Obligationen gab Gilbert keine bestimmte Erklärung. Der Vertreter des „Excelsior" hatte aber den Eindruck, der Reparationsagent halte die gegenwärtige Lage des Marktes für eine derartige Operation für wenig günstig. Die Obligationen seien eine wertvolle Reserve für spätere Zahlungen.

— **Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags** tritt heute abend unmittelbar nach Schluß der Vollsitzung des Reichstags zusammen, um den Bericht über den Stand der Verhandlungen über das provisorische Handelsabkommen mit Frankreich entgegenzunehmen.

Zur Verfassungsreform.

Die Möglichkeiten.

Von

Dr. Edgar J. Jung, München.

Stellungnahme der Redaktion vorbehalten.

Das außerordentlich große Verdienst, welches sich die „Berliner Börsen-Zeitung" durch die Eröffnung der Debatte über die Verfassungsreform erworben hat, wird dadurch nicht im geringsten geschmälert, wenn ich einführend bemerke, daß in dem Rahmen einer Tageszeitung selbstverständlich so ungeheuer schwere Probleme nur im Sinne einer geistigen Anregung behandelt werden können. Mir scheinen zwei Fragen zur Debatte zu stehen: die nach dem Aufsehen und dem Inhalte einer abgeänderten Verfassung, und andererseits die nach dem Wege, zu einer solchen Abänderung zu gelangen. Ich gestatte mir deshalb, meine Ausführungen nach dem Grade der Schwierigkeit zu gruppieren, die dem Reformplan im Wege stehen.

Ich möchte deshalb vorwegnehmen, daß meines Erachtens der reine Jurist bei der Schöpfung eines neuen Verfassungsrechts gewissermaßen in zweite Linie gerückt ist, weil eine Verfassung im Sinne des Ideals das getreue Spiegelbild der gesamten seelischen Kräfte eines Volkes sein soll. Zu diesem Ziele können wir aber erst gelangen, wenn wir uns zu einem geschlossenen Volk entwickelt haben, wenn wir uns der völkischen Sendung bewußt geworden sind und wenn mit einem Worte die schwachen Knospen zu einer prachtvollen Blüte sich entwickelt haben, welche heute noch ganz schüchtern und zaghaft an dem dürren Baum des deutschen Seelenlebens zu sprossen anfangen. Daß wir dann eine Verfassung entwickeln, welche die vollendetste Form ist, um unser Deutschtum zu entfalten und zu behaupten, das ist der Traum all derer, die heute sehnsüchtig an eine deutsche Zukunft glauben. Eine solche Verfassung wird der organischen Staatsauffassung entspringen; sie wird sich auf dem ständischen Prinzip aufbauen und dürfte wohl wissenschaftlich zur Zeit am klarsten verkörpert sein in der übertragenen Gestalt des Wieners Spann. Sie wird eine Ablehr von jeder Art liberaler Gedanken sein und läßt sich heute nur als ein konservativ-revolutionäres, geistiges Prinzip erfassen.

Diese „Verfassungsreform", die einer geistigen Revolution gleichkommt, wird wohl auf reformerischem Wege niemals zu erreichen sein. Sie wird in erster Linie schicksalsmäßig bestimmt sein von einer großen, geschichtlichen Erschütterung, wie sie sich nur durch Krieg und Revolution vollzieht. Daß die grundlegenden Aenderungen unseres Volkscharakters außenpolitisch bedingt sind, hat ja Herr Dr. Oestreich zum Schlusse der Diktaturdebatte mit Recht als Axiom aufgestellt. Immerhin müßte der Volksständigkeit halber und auch deshalb, damit das deutsche Volk wieder in langen Zeiträumen zu denken lernt, dieser Gedanke vorangestellt werden, da unsere Zeit so rasch fließt und in einer so starken Gärung sich befindet, daß niemand wissen kann, ob nicht über Nacht gewaltige Umwälzungen sich vollziehen, die nur zum Guten ausschlagen können, wenn die geistigen Vorbedingungen dazu vorhanden sind.

Wenn ich ein Bild unserer Technik gebrauchen darf, so handelt es sich heute weniger um die Anlage einer neuen Straße, als darum, gewissermaßen im Fliegerfahren die alte Straße so auszubessern, daß der Staatswagen in zwar langsamem, aber stetigem Zeitmaße dieselbe befahren kann. Wenn ich deshalb auf der Grundlage des liberalistischen Zeitgeistes einen Vorschlag zur Verfassungsreform zu machen habe, so scheinen mir alle bisherigen Ausführungen geistig gekennzeichnet, wenn ich sage, daß gegen Rousseau jetzt wieder Montesquieu aufgerufen wird. Diese Bemerkung muß dahin ausgelegt werden, daß an Stelle des Majoritätsabsolutismus, der sich mittels des Stimmzettels rücksichtslos auf Grund der falschen These von der Güte und der Gleichheit der Menschen austobt, wiederum das Prinzip der Gewaltenteilung treten soll. Denn darüber müssen wir uns klar werden, daß die Gewaltenteilung nur mehr in der Theorie besteht. Daß die Legislative heute identisch ist mit der Exekutive, braucht für den Beobachter der vielen Kabinettskrisen der letzten Zeit nicht mehr eigens bewiesen zu werden. Ja, es gibt in Deutschland eine Presse, die schon aufgeregt wird, wenn einmal ein Minister nicht den parlamentarischen Reihen entnommen wird. Auch der Hinweis darauf, daß Parteiführer gleichzeitig Kabinettsmitglieder sind, dürfte genügen. Daß nun auch noch die Gewaltenteilung auf dem Gebiete der Justiz beseitigt werden soll, ist die Grundtendenz unserer radikalen Demokratie, die dauernd gegen den unabhängigen Richterstand Sturm läuft und die durch die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse in schwebende Gerichtsverfahren eingreift. So kommt es, daß allmählich die gesamte Staatsgewalt in Händen des Parlaments und damit der Parteien liegt. Es kann hier nicht der Ort sein, den berühmten Meinungsstreit Rousseau—Montesquieu erneut in seinen Grundzügen auseinanderzusetzen; vielmehr beschränke ich mich darauf, zu bemerken, daß der Grundgedanke von Montesquieu der ist, durch eine Teilung der Staatsgewalten für eine gegenseitige Korrektur derselben zu sorgen und so eine Vergewaltigung der Staatsbürger, die durch den Majoritätsabsolutismus an uns für sich genau so ausgeübt werden kann, wie durch den monarchischen Absolutismus, zu verhindern. Unabhängigmachung der Exekutive von dem Parlament, das ist im ganzen und großen die vordringlichste Forderung jeder Verfassungsreform. Ein Volk hat in erster Linie Anspruch darauf, gut regiert zu werden; dazu gehören das Vorhandensein der Möglichkeit einer Führerauslese und sodann die Kontinuität der Regierung. Das Auslesepringip als soziologische Erscheinung wollen wir hier außer Betracht lassen. Wir können nur in diesem Zusammenhang die Auslese der Kabinettsmitglieder streifen, und da muß gleich gesagt werden, daß die Parteien kaum geeignet sein dürften, diese Auslese immer nach sachlichem Gesichtspunkt zu vollziehen, besonders wenn man bedenkt, wie oft gerade von den Parteien die Leute ins Kabinett geschickt werden, welche man in der Fraktion lieber nicht sieht. Noch viel schwerwiegender und im Augenblick vielleicht entscheidend ist aber die Notwendigkeit, für Kontinuität der Regierung Sorge zu tragen. In jedem Berufe des Wirtschaftslebens verlangt man nämlich Praxis, nur nicht bei dem führenden Staatsmanne. Es muß doch einmal offen ausgesprochen werden, daß die ungeheure Ueberlegenheit Bismarcks zum Teil auch darin begründet war, daß er Jahrzehnte hindurch die Dinge und die Personen von der besten Warte aus beobachten konnte. Wenn heutzutage ein neugebackener Minister gerade notdürftig festgestellt hat, wo sich seine sämtlichen Bureauräume befinden, darf er schon wieder bei dem ihm unterstellten Beamtenkorps seine Abschiedsrede halten. Dazu kommt, daß die Beamtenschaft auf diese Weise eine sachliche Ueberlegenheit über ihren Chef erhält, die eine wirkliche politische Führung auf die Dauer unmöglich macht. Somit glaube ich zum Ausdruck gebracht zu haben, daß die gegenwärtige Krise eine Krisis des parlamentarischen Systems ist, wobei in bezug auf die Krise der Demokratie auf meinen Eingangsabschnitt verwiesen wird.

Diese Krise des Parlamentarismus kann nur zu dem Erfordernis führen, den Vertrauensartikel aus der Reichsverfassung zu entfernen. Die Reichsregierung braucht formell nach unserm Vorschlag nur noch das Vertrauen des Reichspräsidenten zu besitzen. Ein Korrektivmittel ist immer im allgemeinen Kontrollrecht des Reichstags gegeben, sowie im Budgetrecht. Da ferner der Reichstag der Hauptträger der Legislative bleibt, so muß ja die Regierung selbstverständlich sich jeweils eine Mehrheit suchen. Ein Sturz der Regierung wäre allerdings nur möglich anläßlich der Etatsberatung, und selbst hier kann durch Einführung der zweijährigen Haushaltsperiode eine Regierung sich immer einer gewissen Schonfrist erfreuen. Selbstverständlich könnte sie auch gestürzt werden durch Entzug des Vertrauens seitens des Reichspräsidenten. Es wird nun eingewendet werden, daß eine große Gefahr in dieser allzu großen Machtfülle des Reichspräsidenten bestünde, insbesondere dann, wenn der Reichspräsident selber ein ausgesprochener Parteimann wäre. Diese Gefahr besteht selbstverständlich, aber die unmittelbare Volkswahl sichert dem Reichspräsidenten doch eine gesündere Basis als es eine parlamentarische wäre (wie in Frankreich), und dann pflegen Männer, die sieben Jahre lang von ihrer Partei unabhängig sind, doch über den Parteigeist sich hinaus zu entwickeln. Endlich könnte man ja eine Bestimmung dahin treffen, daß durch gemeinsamen Beschluß des Reichstags und des Reichsrats die Regierung zum Rücktritt auch gegen den Willen des Reichspräsidenten gezwungen werden könnte. Ich betone aber, daß dieser Vorschlag nur zur Beruhigung der allzu Bedenklichen gemacht wird. Ferner wäre wieder einzuführen, daß der Reichskanzler der einzige gegenzeichnende Minister wäre und nur er zur Stellung der Vertrauensfrage in Betracht käme. Die Ressortminister wären ihrerseits dem Reichskanzler verantwortlich. Dadurch würde die politische Richtlinie der Kabinettspolitik eine betonere, und der Reichskanzler bekäme bei der Auswahl seiner Mitarbeiter freiere Hand, wodurch das Auslesepringip besser gewährleistet wäre wie bisher.

Damit kommen wir zu der wohl allerkritischsten Frage, nämlich der der ersten Kammer. In glücklichster Weise hatte sie Bismarck gelöst, und ihr Charakter war von vornherein sehr gut durch den Umstand, daß das deutsche Kaiserreich sich darstellte als einen Bund von Fürsten. Damit war der bundesstaatliche Charakter entscheidend und die zweite Kammer, der damalige Bundesrat, durch das föderative Prinzip bedingt. Es ist an dieser Stelle vor kurzem der Vorschlag gemacht worden, den jetzigen Reichsrat wiederum auszubauen und einen Teil der Legislative wieder in seine Hand zurückzugeben, zumindest in höherem Maße wie bisher. Das Zweikammersystem ist man unter allen Umständen zu begrüßen, da die erste Kammer die zweite Kammer dort, wo sie von den Massen allzu abhängig ist, korrigieren kann und weil sie auch nach einem anderen Auslesesystem aufgebaut werden kann. Wird nun aber diese erste Kammer wieder im bundesstaatlichen Sinne rekonstruiert, so darf dabei unter keinen Umständen vergessen werden, daß heute die Bedingungen einer solchen Kammer doch wesentlich andere sind wie früher. Während früher eine gewisse innerpolitische Homogenität deshalb bestand, weil die Vertreter der Bundesstaaten im Bundesrat fast ganz ausschließlich Vertreter monarchischer Prinzipien waren, so hat die Einführung des Parlamentarismus in den einzelnen Bundesstaaten heute dazu geführt, daß weniger föderative Unterschiede zwischen den Vertretern im Reichsrate bestehen als vielmehr parteipolitische. Es stendiert also beispielsweise das sozialistische Sachsen gegen das rechtsstehende Bayern usw. Soll also wirklich eine Art Länderparlament durch den Reichsrat dargestellt werden, so wäre Bedingung, daß die erste Kammer den parteipolitischen Charakter verlöre, und das kann nur erreicht werden dadurch, daß auch in den Ländern das parlamentarische System durch Rahmengesetzgebung in der Reichsverfassung beseitigt wird. Diesem Weg steht der andere gegenüber: den Ländern in der Reichsverfassung gewisse Freiheiten zu geben und dafür auf eine erste Kammer auf föderativer Grundlage zu verzichten. Es wäre dann die erste Kammer auf ständischem Idengang aufzubauen, wobei es gerade uns ferne liegt, die Vertreter zu dieser ersten Kammer von den Wirtschaftskörpern wählen zu lassen. Es müßten vielmehr die Inhaber gewisser führender Stellen entweder kraft Amt ihrer Mitglieder dieser ersten Kammer werden, oder das Prinzip der Einberufung könnte in Erwägung gezogen werden, oder man könnte auch an eine Kombination in der Richtung denken, daß man den Ländern ein Ernennungsrecht zubilligt, das aber dann nicht einen Staatsauftrag darstellt wie in der föderativen Kammer. In diesem Zusammenhang sei nur noch der Konflikt in Preußen gestreift, wo jetzt wieder allgemein die gebundene Marschroute für die preußischen Vertreter im Reichsrat verlangt wird. Daß hier die allerempfindlichsten Saiten unseres ganzen staats-